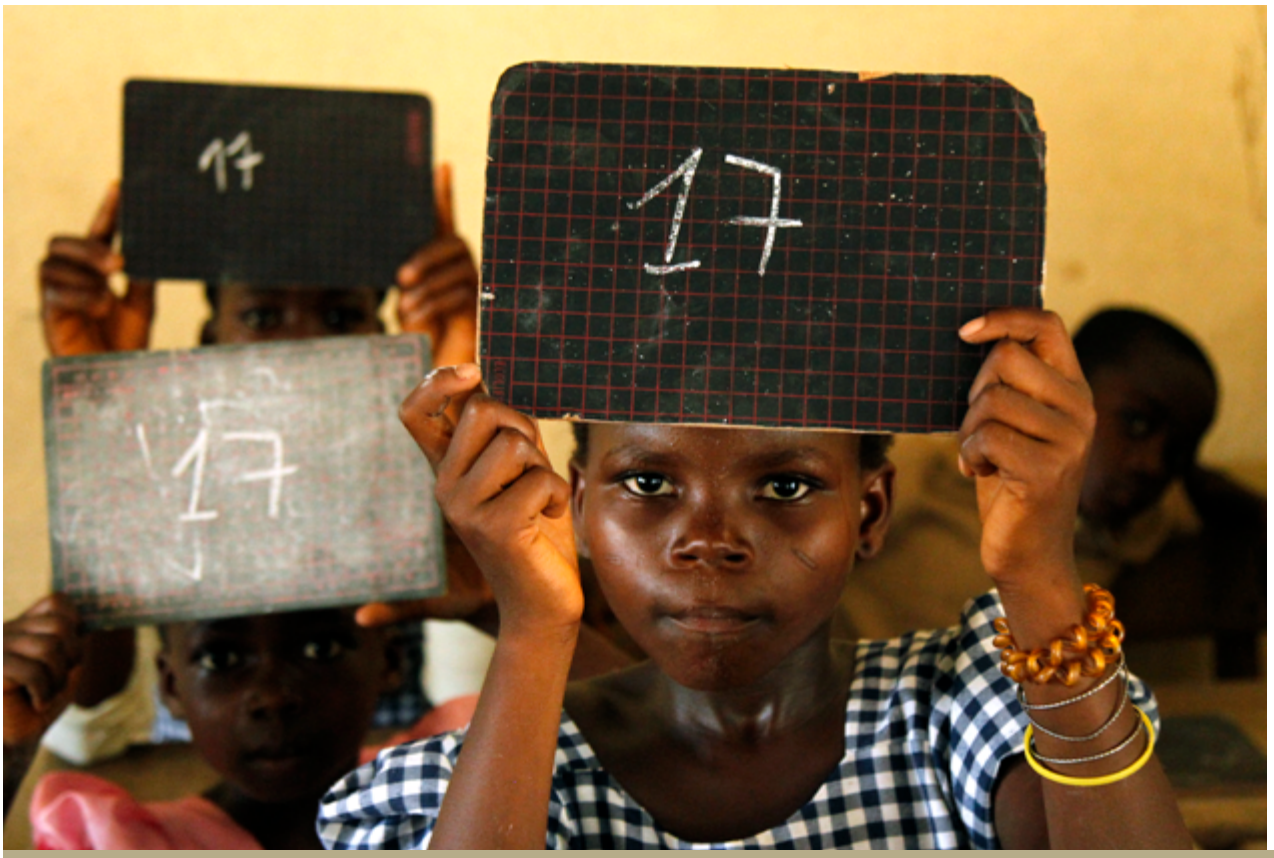
Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 42 / April 2017



17 Ziele umfassen die Sustainable Development Goals, die für alle Staaten und Menschen gleichermaßen gelten – ein Mädchen in der Elfenbeinküste lernt mehr darüber.

Foto: Luc Gnago

Inhalt

2 Der „neue“ NordSüdDialog zwischen Österreich und Sambia
5 Projektpartnerschaft: Stellungnahmen der österreichischen Mitglieder der Joint Parliamentary Peer Group
6 Civic Engagement and Political Participation in Zambia
Xolani Zitha, University of Cape Town
8 Transparenz und Partizipation als Medien demokratischer Legitimation
Günther Schefbeck, Leiter der Stabstelle "Parlamentarismusforschung" der Parlamentsdirektion
10 Bildung für Alle – Das internationale Bildungsziel der UNO
Margarita Langthaler, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
11 Informationsausstellung im Parlament: Fairer Handel eröffnet Bildungschancen im Süden und unterstützt die Globale Bildung im Norden
13 FAIRTRADE® und Kinderrechte – So stärkt der faire Handel Kinderrechte: ein Beitrag zur Erfüllung des SDG 4
Elisabeth Wallner, FAIRTRADE Österreich
15 Die Geburt eines Traumwebers
16 Zahlen, Daten, Hintergründe

Editorial

**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

Mit Jänner startete unser Projekt Parlamentarischer NordSüdDialog in eine neue Projektphase. Bereits im Vorfeld wurde im Sinne von Ownership eng mit Verantwortlichen des neuen Partnerparlaments, der National Assembly of Zambia (NAZ), an der Definition der Inhalte und an den Schwerpunkten der Partnerschaft gearbeitet. Wie bereits im Vorgängerprojekt wird das österreichische Parlament seine Expertise im Bereich ICT und Demokratievermittlung einfließen lassen. Thematischer Schwerpunkt der kommenden Projektphase ist der Bereich Bildung und Jugend. Bildung ist ein Menschenrecht und bewiesener Maßen eine zentrale Voraussetzung zur Überwindung von Armut. Nicht nur erleichtert es Bildung den Menschen, Arbeit zu finden und ein eigenes Einkommen zu erzielen, sondern sie ist auch Basis für selbstbestimmtes Handeln und Partizipation.
Bildung ist dadurch auch das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Parlamente als Inbegriff der Demokratie sind wichtige Plattformen zur Vermittlung von demokratiepolitischen Werten und demokratiepolitischer Bildung, speziell auch für Jugendliche. In Sambia liegt der Anteil an Menschen unter 20 Jahren bei über 50 %. Es war daher besonders den Abgeordneten der NAZ ein großes Anliegen sich mit diesem Thema zu beschäftigen. „Bildung für alle – inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ ist eines der UN Nachhaltigkeitsziele, die auch von Österreich ratifiziert worden sind. Eine Peergruppe bestehend aus Abgeordneten des österreichischen und des sambischen Parlaments wird sich daher im Rahmen unseres Projektes in den nächsten 3 Jahren damit auseinandersetzen, wie das SDG 4 in den beiden Ländern implementiert werden kann.
Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und werden im Newsletter regelmäßig über die Fortschritte berichten.

Jutta Kepplinger
Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Der „neue“ NordSüdDialog zwischen Österreich und Sambia

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Seit Jänner 2017 kooperiert das österreichische Parlament im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs mit der sambischen Nationalversammlung, National Assembly of Zambia (NAZ). Die gemeinsame Projektplanung hat bereits im Frühjahr 2016 begonnen und es konnten in einem intensiven, partizipativen Prozess gemeinsame Zielsetzungen für die kommenden Jahre entwickelt werden, die sowohl auf technisch-administrativer als auch politischer Ebene realisiert werden sollen.

Eine 5-köpfige sambische Delegation unter der Leitung der stellvertretenden Parlamentsdirektorin der NAZ, Cecilia Mbewe, besuchte im April 2016 das österreichische Parlament und den oberösterreichischen Landtag. Delegationsreisen von Mitarbeiter_innen sowie Abgeordneten des österreichischen Parlaments nach Lusaka fanden im Mai und Oktober 2016 statt, letztere unter der Leitung der beiden Abg.z.NR Petra Bayr und Tanja Windbüchler-Souschill, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der AWEPA Sektion Österreich. In zahlreichen Diskussionen und Treffen mit Kolleg_innen und Vertreter_innen verschiedener Abteilungen kristallisierten sich in zwei Planungsworkshop die Inhalte für den Parlamentarischen NordSüdDialog heraus.

Inhalte der technisch-administrativen Kooperation

Auf technischer Ebene sind dies die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), sowie die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit speziell für Kinder und Jugendliche. 50 % der Menschen in Sambia sind jünger als 20 Jahre. Zur Stärkung eines demokratischen Systems in Sambia ist es daher von großer Bedeutung, junge Menschen für Politik zu interessieren, und sie über ihre Rechte und Pflichten in einer Demokratie zu informieren. Das österreichische Parlament hat über die Jahre eine umfang-

Foto 1: Abg.z.NR Bayr und Windbüchler-Souschill im Gespräch mit Kolleg_innen aus Sambia über mögliche Inhalte einer Kooperation im Rahmen ihres Besuchs in Lusaka.

reiche Expertise im Bereich der Demokratievermittlung an Kinder und Jugendliche aufgebaut, beispielsweise mit der Demokratiewerkstatt, Führungen für Schulklassen oder dem Lehrlingsparlament. Diese Expertise soll genutzt werden, um ein NAZ-spezifisches Bildungsprogramm für deren Zielgruppen zu entwickeln. Daraus abgeleitete Werkzeuge, beispielsweise zur Visualisierung der Gesetzgebung oder Workshops und Demokratiespiele für Kinder, sollen nicht nur dazu beitragen, demokratische Grundlagen und parlamentarische Prozesse zu vermitteln, sondern vor allem auch das Interesse an politischer Partizipation wecken. Die Kinder und Jugendlichen sollen zu proaktiven Stakeholdern der Förderung politischer Bildung werden und sich als Akteur_innen im demokratischen System sehen.

Alle diese Ziele, aber auch die legislativen Aufgaben und administrativen Abläufe im sambischen Parlament bedürfen der Unterstützung eines modernen Systems von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Der Austausch mit IKT-Expert_innen des österreichischen Parlaments eröffnet Möglichkeiten der Reflexion und des gegenseitigen Lernens in Bezug auf die Anwendung von IKT in Parlamenten.

Im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs werden die IT Abteilungen des österreichischen und sambischen Parlaments gemeinsam neue Instrumente für eine verbesserte Kommunikation der NAZ mit der Öffentlichkeit und zur Beteiligung der sambischen Zivilgesellschaft am Gesetzgebungsprozess entwickeln. In einem ersten Schritt wird die aktuelle Informations- und Kommunikationsstrategie erneuert, unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen und technischen Möglichkeiten. Ziel ist es, die Kommunikation zwischen Parlament und Öffentlichkeit offener und moderner zu gestalten und mehr Transparenz über die Arbeit des Parlaments zu schaffen.

Ein im Jahr 1991 initiierter Reformprozess im sambischen Parlament brachte zahlreiche Neuerungen und Verbesserungen mit sich. Die Verabschiedung der überarbeiteten Verfassung brachte neue Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Abgeordneten und die Parlamentsmitarbeiter_innen u.a. in oben genannten Bereichen mit sich. Ein internationaler Erfahrungsaustusch ist in dieser Hinsicht ein geeignetes Instrument, um Kapazitäten aufzubauen und von Good-Practice zu profitieren.

Inhalte der Kooperation auf Ebene der Abgeordneten

Obwohl das sambische Parlament aktiv in mehreren regionalen und kontinentalen Foren wie beispielsweise dem SADC-PF oder dem Pan-afrikanischen Parlament ist, ist die Einbindung von Abgeordneten in die internationale Entwicklungsdiskussion noch gering. Durch die Zusammenarbeit in einer Joint Parliamentary Peer Group, bestehend aus Abgeordneten aus Sambia und Österreich (siehe Statements auf Seite 5/6), werden auf politischer Ebene Erfahrungen und Ideen in Bezug auf die Implementierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) ausgetauscht. Dieser bilaterale Peer-to-Peer Prozess soll dabei unterstützen, die nationalen Rahmenbedingungen für eine "inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle" (= SDG 4) zu gewährleisten bzw. zu fördern. Auch das österreichische Parlament ist in diesem Zusammenhang gefordert, seine Rolle und seine Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung zu definieren und wahrzunehmen.

Ein besonderes Augenmerk wird in der Peer Gruppe auf die Information über das duale Ausbildungssystem, mit dem Österreich so erfolgreich ist, gelegt. Mit Expert_innen und Verteter_innen der Sozialpartner sollen Voraussetzungen für die Übertragung dieses Systems auf sambische Verhältnisse diskutiert werden. Ein zweiter Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die Vermittlung inklusiver Bildung, also wie Werte in Bezug auf Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Wertschätzung anderer Kulturen sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit in einer globalen Welt in den Lehrplänen von Österreich und Sambia Aufnahme finden können.

Der Parlamentarische NordSüdDialog verfolgt in den nächsten Jahren folgende konkrete Ziele:

1. Revision der Informations- und Kommunikationsstrategie (ICT strategic plan) des sambischen Parlaments, die einen effizienten Workflow und effiziente Prozesse der Kommunikation, Öffentlichkeitsbeteiligung und Gesetzgebung in Sambia unterstützt.

2. Überarbeitung des vom sambischen Parlament angebotenen Bildungsprogrammes für Kinder und Jugendliche, um deren Verständnis von Demokratie und parlamentarischer Arbeit zu festigen.

3. Etablierung einer gemeinsamen parlamentarischen Peer Group von Abgeordneten des sambischen und des österreichischen Parlaments, um die parlamentarische Kontrolle hinsichtlich der Umsetzung des SDG 4 zu stärken.

4. Stärkung des Bewusstseins und der Kompetenzen hinsichtlich der Themen SDGs und Politikkohärenz im österreichischen Parlament sowie Etablierung des Parlaments als Diskussionsplattform für den entwicklungspolitischen Dialog in Österreich.

Foto 2: Das Plenum der sambischen Nationalversammlung.

Foto 3: Bei einem gemeinsamen Workshop in Wien wurden erste Eckpunkte der Kooperation festgelegt.

Fotos Seite 2-4: Jutta Kepplinger

Awareness raising

Seit Beginn des Parlamentarischen NordSüdDialogs ist die Sensibilisierung österreichischer Abgeordneter und parlamentarischer Mitarbeiter_innen in Bezug auf unterschiedliche Aspekte internationaler Entwicklung und Zusammenarbeit eine wichtige Säule des Projekts. Fundierte Informationen und Diskussionen mit relevanten Stakeholdern tragen dazu bei, dass die Themen SDGs und Politikkohärenz im Interesse der Nachhaltigen Entwicklung nicht nur im entwicklungspolitischen Unterausschuss Beachtung und Berücksichtigung finden. Das österreichische Parlament als Ort der „öffentlichen Diskussion“ ist bestens geeignet, diese Themenbereiche aus verschiedensten Perspektiven zu beleuchten und zu bearbeiten.

Sambia – neues Partnerland des Parlamentarischen NordSüdDialogs

Die Republik Sambia ist ein Binnenstaat im südlichen Zentralafrika mit der Hauptstadt Lusaka. Der heutige Nationalstaat Sambia wurde im Jahre 1964 unabhängig. Zuvor war das Gebiet das britische Protektorat Nordrhodesien und zwischen 1953 und 1963 Teil der Föderation von Rhodesien und Njassaland (heute: Sambia, Simbabwe und Malawi). Mit einer Fläche von 752.000 km2 ist Sambia ca. neunmal so groß wie Österreich, hat aber lediglich 15 Millionen Einwohner_innen. 74% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von 1,25 USD am Tag.

Die bestimmenden Wirtschaftssektoren sind der Bergbau und der Agrarsektor. Sambia verfügt über zahlreiche Rohstoffvorkommen, vor allem Kupfer aus dem zentralsambischen Kupfergürtel, die insgesamt ca. 80% der gesamten Exporte des Landes ausmachen. Wichtige landwirtschaftliche Produkte sind Tabak und Baumwolle, vorherrschend ist jedoch die Subsistenzwirtschaft, von der die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung lebt. Die drastischen Einbrüche des Weltmarktpreises für Kupfer in den vergangenen Jahren, sowie unterdurchschnittliche Regenfälle, die die Reservoirs der Wasserkraftstauseen dramatisch schrumpfen ließen, haben zu einer bis heute anhaltenden Wirtschafts- und Energiekrise beigetragen. Durch die Viktoriafälle, den Karibastausee und mehrere Nationalparks mit hoher Wildtierdichte verfügt das Land über ein enormes touristisches Potenzial, das jedoch nicht voll ausgeschöpft wird. Sambia ist Mitglied in der Southern African Development Community (SADC) und im Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA).

Quelle: Maps of the world unter www.mapsofworld.com/deutsch/sambia/

Politisch war Sambia unter der Präsidentschaft Kenneth Kaundas, der sich mit seinem Programm des „sambischen Humanismus“ als Teil des afrikanischen Sozialismus sah, die ersten acht Jahre seiner Unabhängigkeit ein demokratisches Mehrparteiensystem. Antirassismus, Kooperation, Partizipation der Bevölkerung, die Schaffung von Bildungs- und Ausbildungsplätzen, Ausbau von Infrastruktur und eine diversifizierte Wirtschaftsentwicklung standen u.a. im Mittelpunkt Kaundas Politik, dessen geistiger Vater der tansanische Präsident Julius Nyerere war. Wichtige Aspekte der angestrebten Reformen konnten jedoch nicht umgesetzt werden. Die Abspaltung der United Progress Party (UPP) von der United National Independence Party (UNIP) Kaundas veranlasste diesen zur Etablierung eines Einparteiensystems und somit zur Ablösung der Demokratie durch eine Diktatur. Die darauf folgende internationale Isolation und der wirtschaftliche Niedergang lösten große Unzufriedenheit in der Bevölkerung aus, die Ende der 1980er vehement politische Reformen forderte. Im Jahr 1991 kehrte Sambia zu Mehrparteienwahlen zurück. Die letzten Präsidenten- und Parlamentswahlen fanden im August 2016 statt. Dabei konnte die Regierungspartei des wiedergewählten Präsidenten Edgar Lungu, die Patriotic Front (PF), 89 Sitze und somit die absolute Mehrheit im Parlament erobern. Die Oppositionsparteien kamen auf insgesamt 63 Sitze, 14 Sitze wurden von unabhängigen Kandidat_innen gewonnen.

Die National Assembly of Zambia (NAZ) ist ein Einkammer-Parlament mit 156 Abgeordneten, von denen acht vom Präsidenten der Republik Sambia nominiert werden. Das Parlament ist ein Hybrid-System zwischen dem Westminster System und einem Präsidialsystem. Der legislative Arm des Staates setzt sich aus dem Präsidenten und der Nationalversammlung zusammen. Die NAZ nimmt ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch ein umfassendes System an Ausschüssen wahr. Portfolio Ausschüsse sind für die Kontrolle der Arbeit in den Ministerien verantwortlich. Die jeweiligen Berichte werden in speziellen Plenarsitzungen diskutiert und müssen von der Regierung kommentiert werden. Die Ausschusssitzungen sind öffentlich.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Stellungnahmen der österreichischen Mitglieder der Joint Parliamentary Peer Group

Die Etablierung der Joint Parliamentary Peer Group auf Ebene von Abgeordneten ist eine neue Dimension der Kooperation im Parlamentarischen NordSüd-Dialog. Durch die gemeinsame Arbeit von Abgeordneten aus Sambia und Österreich im thematischen Bereich „SDG 4“ sollen Erfahrungen ausgetauscht und neue, innovative Wege der Zusammenarbeit gefunden werden.

Stellungnahme des Obmanns des Familienausschuss

Foto: Strasser

Als Landwirt und Bürgermeister einer Marktgemeinde in Niederösterreich bin ich der festen Überzeugung, dass globale und regionale Entwicklungen sozial, ökologisch und ökonomisch miteinander verbunden werden können, wenn die richtigen politischen Entscheidungen und Akzente gesetzt werden.

Eine notwendige Voraussetzung dafür ist u.a. die Beteiligung der Bevölkerung als verantwortliche Akteur_innen ihrer eigenen Lebenswelt und Zukunft. Die umfassende Information und Bildung über globale Zusammenhänge ist dabei wesentlich. Als Obmann des Familienausschusses und Familiensprecher der ÖVP freut es mich besonders, dass die Themen „Bildung“ und „Jugend“ in verschiedensten Facetten im Parlamentarischen NordSüdDialog behandelt werden. Kinder- und Jugendrechte sind fester Bestandteil unserer Familien-Agenda und müssen Teil einer ambitionierten zukunftsorientierten Politik sein.

Das Ziel 4 der Sustainable Development Goals – "Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern" – ist wesentlicher Inhalt unserer Kooperation mit dem sambischen Parlament. Von dieser Zusammenarbeit erwarte ich mir neue Impulse für entwicklungspolitische Aktivitäten in Österreich, sowie Ideen in Bezug auf die Umsetzung des SDG 4. Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch soll auch Basis für mehr Verständnis für andere Lebenssituationen in der Bevölkerung sein. Als Abgeordnete haben wir in allen diesen Bereichen Verantwortung gegenüber den Menschen in unseren Ländern, insbesondere den Kindern und Jugendlichen.

Ein offener Dialog wird angetrieben vom Streben, neue Ansätze und Menschen kennenzulernen. Somit freue ich mich auf die Kolleg_innen aus Sambia und auf gute Gespräche, von denen beide Partner und Länder profitieren können.

Ihr Abg.z.NR Georg Strasser

Stellungnahme der SPÖ Kinder- und Jugendsprecherin

Foto: Hubmayer

Der internationale Austausch, das gemeinsame Arbeiten und Vernetzen, das voneinander lernen und neue Visionen zu entwickeln, begeistert mich. Ich bin überzeugt davon, dass von internationaler Zusammenarbeit beide Seiten profitieren können und dass wir gemeinsam entscheidende Ansatzpunkte für unsere Arbeit mitnehmen werden.

Grundlage unserer Zusammenarbeit sind Schwerpunkte der Sustainable Development Goals (SDGs). Diese halte ich für einen Meilenstein, weil sie erstmals in der Geschichte für alle Länder, also universell gelten. Damit ist klar gemacht, dass sich jedes Land diesen Zielen verpflichtet sieht und vor allem Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Die Schwerpunktsetzung auf die Themen Berufsbildung, Ausbildung und Bildung, und sexuelle Bildung macht die Arbeit mit den Kolleg_innen aus Sambia besonders spannend. Bei sexueller Bildung geht es mir in erster Linie um die Möglichkeit, allen Menschen eine selbstbestimmte Sexualität zu ermöglichen, was auch bedeutet, über Risiken Bescheid zu wissen, den eigenen Körper zu kennen, und über Rechte informiert zu sein.

Besondere Bedeutung, auch für die Schaffung besserer Lebensumstände, hat für mich Bildung an sich. Dabei geht es einerseits natürlich um Berufsausbildung, um sich selbst in ökonomischer Hinsicht absichern zu können, andererseits aber auch um Selbstverwirklichung in einem Arbeitsumfeld, das ich selbst wähle. In diesem Bereich schafft das duale Ausbildungssystem Chancen, die ein Beispiel sein können, wie man Schule und Berufsausbildung gut verschränken kann.

Parallel dazu müssen wir uns natürlich auch – vor allem auch in einem internationalen Kontext – mit politischer Bildung auseinandersetzen. Neue Nationalismen, das Wiedererstarken autoritärer Ideen und das Zerstören demokratischer Verfassungen sind ein Problem unserer Zeit, für das wir nur gemeinsam tragfähige Lösungen finden können. Ich freu mich deshalb sehr, Teil der sambisch-österreichischen Peer-Group zu sein.

Ihre Abg.z.NR Katharina Kucharowits

Stellungnahme des Jugendsprechers der Grünen

Foto: Schmid

Die Möglichkeit des internationalen Austausches gerade auf parlamentarischer Ebene ist essentiell für alle Beteiligten und politisch Verantwortlichen. Die Sustainable Development Goals, die die Staatengemeinschaft über die UNO gemeinsam trägt, geben eine Grundlage vor, die für jedes Mitgliedsland Gültigkeit hat. Armutsvermeidung, Geichstellung und Schutz der Umwelt sind dabei die Eckpfeiler. Zur langfristigen Umsetzung braucht es dafür speziell Jugendliche und junge Erwachsene.

„Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern“ ist das Ziel Nummer 4 dieser Sustainable Development Goals und unser Schwerpunkt in der Kooperation mit dem Parlament in Sambia. Als Jugendsprecher im Parlament ist es mir ein besonderes Anliegen, dieses Ziel zu verfolgen – und das gemeinsam mit den sambischen Kolleg_innen. Bildung und lebenslanges Lernen sind der Schlüssel für eine gerechtere Welt, davon bin ich überzeugt.

Genauso gilt es, Ausbildungschancen zu fördern, ein sinnvolles und selbstbestimmtes Leben zu forcieren sowie Gesundheit und eigenständige Familienplanung zu gewährleisten. Teil des Parlamentarischen NordSüdDialogs zu sein ist eine wunderbare Chance, aktiv über den Tellerrand zu blicken, Jugendpolitik gemeinsam mit den Partner_innen aus Sambia zu diskutieren und Maßnahmen auch umzusetzen. Darauf freue ich mich!

Ihr Abg.z.NR Julian Schmid

Civic Engagement and Political Participation in Zambia

Xolani Zitha, University of Cape Town

In an article in the last Newsletter, the author provided evidence of weak MP-constituency relations in Africa using Afrobarometer and African Legislatures Project survey data. Public opinion data were used to show that 88 % of African citizens in 35 countries have never contacted their Member of Parliament to discuss important matters affecting their community. No less significant was the finding that 45 % of African citizens believe that MPs do not try hard enough to listen to their concerns while, in contrast, MPs assert that they spend 50 % of their time in constituency service on listening to citizens.

To advance a holistic understanding of MP-constituency relations, this article uses Zambia as a case study to argue that the relationship between MPs and citizens depends on more than just what citizens expect of elected leaders, rather, representative democracy thrives when citizens themselves are active agents in fostering a culture of active civic involvement through participation in community meetings, joining others to raise issues with elected officials and having contact with elected leaders.

Using political participation and civic engagement as indicators, this article illustrates that although citizens rightly demand a lot in terms of the job performance of their representatives, public opinion about the role of citizen involvement in community life reveals a growing reluctance by citizens to play active roles in holding elected leaders to account. This evidence provides entry points for thinking about strategies for enhancing the relationship between MPs and their constituencies.

Perceptions of civic involvement in Zambia

What do Zambians believe about individual participation in civic and political life? The answer to this question is related to the current state of MP-constituency relations as well as how citizens evaluate the performance of their elected officials and political institutions. Afrobarometer Round 6 surveys in Zambia (2014/2015) asked 1200 respondents if they had attended a community meeting in the past year: 48 % indicated that they attended community meetings often, several times or at least once in the previous year while 52 % stated that they would either ‘never do this’ or that they had not had

a chance to do so in the previous year. When asked whether, in the previous year, they had joined others citizens to raise an issue, 38 % of respondents indicated that they often did this, or had done so at least once or several times in the previous year. A staggering 61 % said they would never do this or had not had the chance to join other citizens in raising issues.

Completing the portrait of public perceptions towards political participation and civic engagement are the findings on the preferred modes of participation and civic engagement among Zambian citizens. The majority of Zambians interviewed (61 %) stated that they contacted local government councillors, MPs, government officials and party officials as part of a group as opposed to doing so as individuals (32 %).

Citizen apathy

The proportion of Zambians who reported having frequent engagement in civic life through participation in community meetings and joining others in raising issues with elected officials is overshadowed by the proportion that indicated disinterest. As shown in figure 1, the proportion of Zambians who say they would never join others to raise important issues increased from 9 % to 20 % since 2011 compared with the downward trend in those indicating the opposite. This reported apathy towards political participation and civic engagement must be related to the alarming finding that 85 % of Zambian citizens have never contacted their MP to discuss an important problem or to give them their views in the past year. It may be reasonably asked then, given all the spending by parliament and development agencies on civic education and increasing access to parliament and MPs: "Why does citizen apathy persist in terms of political participation and civic engagement?"

Further, when MPs say they spend 50 % of their time in constituency service on listening to citizens why do constituents report having almost no contact with their MPs and which citizens do MPs refer to when reporting that they spend a lot of time listening to citizens? These questions cannot receive a comprehensive answer within this short article, however, a few observations are pertinent.

First, functional MP-constituency relations depend on active citizen participation in civic life and on parliament taking public education beyond the precincts of parliament building to the constituencies through creative uses of new social media as well as traditional broadcast media and other interventions. Secondly, it might be reasonably assumed that the notion of MP constituency service is confined to MPs attending to the needs of their immediate re-election base and not all the citizens within their respective constituencies. An MP might very well be telling the truth that she/he spends 50 % of their constituency service time on listening to constituents but meaning only their party supporters, excluding other citizens in their constituencies with whom they do not share party identity.

Differences between MPs and citizens in MP role perception

There are also consequential differences between MPs and citizens over what are perceived to be the most important role of MPs. In a study of the growth of Constituency Development Funds (CDF's) in Africa, Barkan and Mattes (2013) showed that in Zambia 63 % of respondents believed that the most important responsibility of an MP is to listen to constituents and represent their needs whereas only 32 % of Zambian MPs emphasized representation as their most important responsibility. These findings are based on Afrobarometer Round 4 (2008/2009) and ALP surveys from the same period that asked the same questions to citizens and MPs. These differences over the perceived role of MPs might be related to low levels of civic engagement as well as low levels of contact between MPs and citizens.

Conclusion

Citizen disengagement from civic life and civic duties makes it easy for party-based MP-citizen linkages to take root. This is much to the detriment of a broader interpretation and effectuation of MP-constituency relations beyond the agency of co-partisanship between MPs and citizens in their respective constituencies. In the context of resource scarcity, MPs might be under pressure to spend their time and financial resources only on maintaining their vote base. This, combined with apathy towards civic and political life is a possible explanation of the negative trends reported in this article concerning political participation and civic engagement in Zambia. Compounding citizen disengagement from civic life might correspond to the fact that MPs and citizens do not seem to share the same views on the most important roles of MPs: citizens expect MPs to focus on representation whereas MPs find delivering development to their constituencies to be their most satisfactory role.

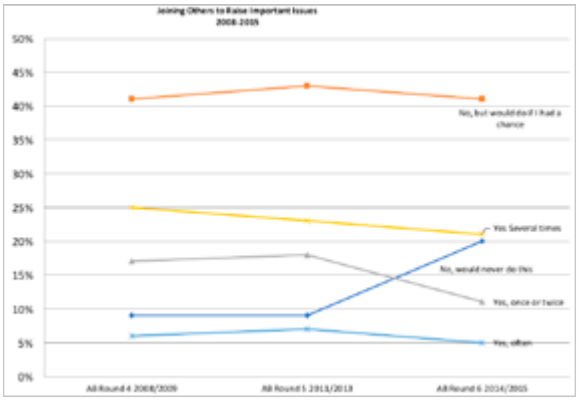


Figure 1: Civic engagement: "Did you, respectively would you join others in raising important issues? (Source: Reported data is for Zambia, Afrobarometer Round 6 sample size 1,200 (2014/2015).

References

Barkan, J.D. and Mattes, R.B. (2014) Why CDF's in Africa: Representation Versus Constituency Service. University of Cape Town. Centre for Social Science Research, Working Paper 337.

THE AUTHOR

The author was Director in the Office of the Speaker of Parliament in Zimbabwe (2009-2013), holds a Master in Public Administration (2014) from Harvard University, John F. Kennedy School of Government Cambridge, MA, USA, and is currently a PH.D. political science student at the University of Cape Town focusing on African Legislatures.

Transparenz und Partizipation als Medien demokratischer Legitimation

Günther Schefbeck, Leiter der Stabstelle „Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion

In den „westlichen Demokratien“ geht seit einigen Jahren ein Gespenst um, das als „Staatsverweigerer“ bekannt geworden ist: Gruppen von Menschen, die dem Staat seine Legitimation absprechen und die Geltung seiner Gesetze nicht anerkennen. Bisher ein Randphänomen, dennoch von beachtlicher medialer Aufmerksamkeit begleitet!

Schon lange kein Randphänomen mehr sind Haltungen in der Zivilgesellschaft, die mit Schlagworten wie „Politikverdrossenheit“ benannt werden. Menschen empfinden ein Ohnmachtsgefühl staatlichen Institutionen gegenüber, sehen ihre Interessen in der staatlichen Willensbildung vernachlässigt, verlieren schließlich das Interesse, sich jener ihnen ineffektiv erscheinenden Instrumente zu bedienen, die ihnen das demokratische politische System zur Verfügung stellen würde, um ihre Interessen politisch zu artikulieren. Sinkende Wahlbeteiligung, zunehmende Wähler- und Wählerinnenvolatilität, höherfrequentige Veränderungen im Parteiensystem erscheinen als Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem politischen System. Die Demoskopie bestätigt diese Unzufriedenheit. So weist beispielsweise für Österreich der jährliche OGM-Demokratiebefund ein abnehmendes Vertrauen in „die Politik“ aus, das seinen Tiefststand im September 2016 erreicht hat: 31 % der Befragten (n=500) besaßen solches Vertrauen gar nicht, 51 % weniger, 14 % eher und nur 4 % sehr (Konfidenzintervall +/- 4,5 %).

Kurzfristig mag politisches Desinteresse der Bürgerinnen und Bürger manchen Regierenden geradezu willkommen sein, weil es durch Wegfall potentiell Beteiligter den Prozess der politischen Willensbildung vereinfacht. Langfristig birgt die Entwicklung aber Risiken für das Gesellschaftssystem insgesamt: Wenn das politische System, dem als einem seiner Subsysteme die Funktion zukommt, Legitimation für die zur Steuerung gesellschaftlichen Verhaltens erforderlichen Regeln zu beschaffen, diese Funktion nicht mehr erfüllen kann, dann wächst die Gefahr, dass das Gesellschaftssystem selbst seine wesentliche Funktion, und das ist die elementare Systemfunktion der Integration, nicht mehr zu erfüllen vermag.

Die Steuerungswirkung verbindlicher, das heißt für legitim gehaltener Regeln basiert ja auf einer Antizipationswirkung: Wir erwarten, dass auch die anderen Mitglieder der Gesellschaft die Regeln befolgen, und sind daher auch selbst bereit dazu. Abweichendes Verhalten in begrenztem Umfang beeinträchtigt diese Antizipationswirkung nicht, insbesondere wenn auch wirksam erscheinende Sanktionsregeln bestehen. Werden die kognitiven Dissonanzen aber zu groß, beginnen wir nicht mehr damit zu rechnen, dass die Regeln befolgt werden, und das System zerfällt.

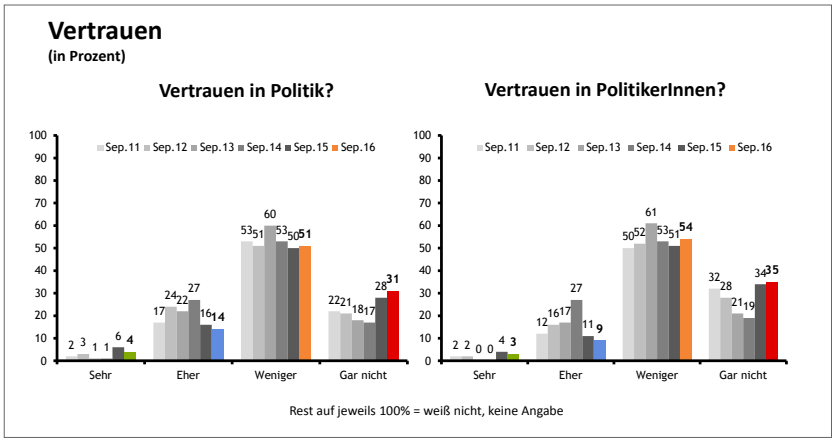


Abb. 1 u. 2: Welches Vertrauen haben Österreicher_innen in die Politik bzw. in Politiker_innen.

Gesellschaftliche Steuerungswirkung staatlicher Regeln

Warum halten wir die Regeln, die nach heutigem Standard in Gesetzen niedergelegt sind, für legitim? Zunächst einmal ganz formal, weil sie in jenem Verfahren erzeugt worden sind, das die uns umgebende staatliche Ordnung dafür festlegt. „Legitimation durch Verfahren“, so nennt dieses Prinzip der deutsche Soziologe Niklas Luhmann. Damit das Verfahren als legitimierend angesehen werden kann, bedarf es aber natürlich einer dahinter stehenden Legitimation der Akteurinnen und Akteure des Verfahrens, insbesondere natürlich jener, die das Verfahrensergebnis formal erzeugen. Im Gesetzgebungsverfahren kommt diese Rolle im politischen System der parlamentarischen Demokratie dem Parlament zu.

Die Fiktion der Repräsentation

Was das Parlament dazu legitimiert, den maßgeblichen staatlichen Willen zu bilden, ist nach den Überlegungen des österreichischen Juristen Hans Kelsen eine Fiktion: die Fiktion der Repräsentation. Eine höchst wirkmächtige Fiktion, aber doch eine Fiktion, weil die Repräsentanten nicht als Beauftragte der Repräsentierten auftreten, sondern mit einem „freien Mandat“ ausgestat-

tet sind, das es ihnen nicht nur erlaubt, sondern oftmals sogar von ihnen fordert, in materiellen Gegenständen der staatlichen Willensbildung losgelöst vom Willen der Wählerinnen und Wähler zu entscheiden, die sie repräsentieren. Hans Kelsen sieht darin einen notwendigen Ausdruck gesellschaftlicher Arbeitsteilung, weil es, so wie für viele andere gesellschaftlich wichtige Aufgaben, auch für die Gesetzgebung einer Spezialisierung und dadurch erhöhten Expertise bedarf.

So überrascht es nicht, dass das alternative Modell der plebiszitären Demokratie nur in einem Staat wie der Schweiz, in welchem es auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblicken und sich auf politisches Engagement der Mitglieder der Zivilgesellschaft stützen kann, funktional erscheint. In den meisten anderen demokratischen politischen Systemen kommt Instrumenten der plebiszitären Demokratie lediglich eine subsidiäre Rolle zu. Im demokratiepolitischen Diskurs wird sogar nicht selten davor gewarnt, dass plebiszitäre Entscheidungen von „populistischer" Agitation gesteuert werden könnten.

Von Transparenz zu Partizipation

Das Modell der repräsentativen Demokratie basiert also nicht auf einer materiellen, das heißt inhaltlichen Legitimation der staatlichen Willensbildung durch den Souverän, also das Volk, sondern auf einer formalen Legitimation, vermittelt durch Parlament und Gesetzgebungsverfahren. Diese Legitimationswirkung setzt voraus, dass der korrekte regelkonforme Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens auch als solcher erkannt werden kann, also transparent abläuft. Transparenz in diesem spezifischen Sinn ist also eine elementare Voraussetzung dafür, dass das politische System seine Funktion erfüllen kann. Wäre das Gesetzgebungsverfahren eine „black box", sein Verlauf also undurchschaubar, könnte die Verfahrenslegitimation nicht greifen; dass die im Rechtsetzungsverfahren der Europäischen Union getroffenen Entscheidungen oft so wenig Akzeptanz finden, häufig als „undemokratisch" kritisiert werden, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, wie weit entfernt von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Verfahren abläuft, wie wenig durchschaubar es ihnen erscheint.

Transparenz ist aber noch mehr: „Transparenz parlamentarischen Verfahrens dient funktional der demokratienotwendigen Interdependenz der (relativ) autonomen Bereiche politischer Kommunikation", schreibt der deutsche Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter. Transparenz ist also nicht Einwegkommunikation, erschöpft sich nicht in der Vermittlung von Information über das regelkonforme Verfahren, sondern eröffnet einen Raum für Mehrwegkommunikation. Über die Verfahrenstransparenz vermittelt sich auch den zivilgesellschaftlichen Interessenträgerinnen und Interessenträgern die Möglichkeit, ihre jeweiligen Interessen zu artikulieren und in das Verfahren in mehr oder minder formalisierter Rolle einzubringen. Damit ist die Brücke geschlagen von der Transparenz zur Partizipation.

Deliberative Politik

Zivilgesellschaftliche Partizipation am staatlichen Willensbildungsprozess ist im repräsentativ-demokratischen System kein wesensfremdes Element. Zwar haben sich in der Parteiendemokratie die politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, als die wesentlichen Organe der Interessenaggregation und -artikulation herausgebildet, aber allein schon, weil sie die gesellschaftlichen Interessen sehr hoch aggregieren müssen, bleibt ein großer Bedarf an Artikulation feiner granulierter Interessen bestehen. Diese Aufgabe besorgen Interessenvertretungen, Nichtregierungsorganisationen, aber auch engagierte individuelle Mitglieder der Zivilgesellschaft. Ihre Partizipation am politischen Meinungs- und staatlichen Willensbildungsprozess verbessert somit die Qualität seiner Ergebnisse, wenn unter „Qualität" ihre Sachgerechtigkeit oder Interessengerechtigkeit verstanden werden soll. Sie erhöht damit zugleich aber auch ihre Legitimation, indem sie die durch das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren vermittelte formale um materielle Legitimation ergänzt, also eine Legitimation, die auf der inhaltlichen Berücksichtigung der im partizipativen Prozess artikulierten Interessen beruht.

Der deutsche Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas hat dafür das Konzept der „deliberativen Politik" entwickelt. Er versteht darunter die dem formalen Rechtsetzungsverfahren vorangehende und es begleitende diskursive Interaktion zwischen dem Parlament und den mit ihm zusammenarbeitenden Regierungsorganen und der Zivilgesellschaft. Ebenso wie das Konzept der Repräsentation kann auch jenes der „deliberativen Politik" als Fiktion bezeichnet werden, weil die Zivilgesellschaft sich wohl auch unter idealen Bedingungen nur partiell in den Deliberationsprozess einbringen wird. Je mehr sie es aber tut – und das impliziert in der Praxis: je mehr sie sich dazu eingeladen sieht, – desto höher wird die materielle Legitimation deliberativ vorbereiteter staatlicher Willensentscheidungen sein. Und je besser legitimiert – und je besser akzeptiert – diese Entscheidungen, also im Wesentlichen die staatlichen Rechtsakte, sind, desto besser und nachhaltiger wird das Gesellschaftssystem seine integrative Funktion erfüllen können.

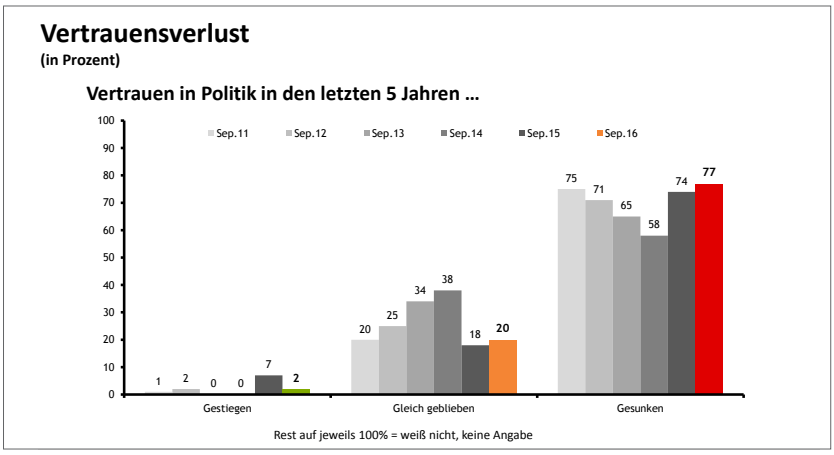


Abb. 3: Das Vertrauen in die Politik sinkt generell.

Quelle aller Abb.: OGM – Demokratiebefund 2016, Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform September 2016
www.ogm.at/inhalt/2016/10/demokratie/Initiative-Mehrheitswahlrecht_Demokratiebefund-2016.pdf

Bildung für Alle – Das internationale Bildungsziel der UNO

Margarita Langthaler, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung

Die Sustainable Development Goals (SDGs) wurden im September 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Sie vereinen internationale Umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen in einer gemeinsamen globalen Agenda mit dem Titel „Transforming our World – the 2030 Agenda for Sustainable Development". Die 17 SDGs umfassen Ziele wie Armutsreduktion, Beseitigung des Hungers, Geschlechtergerechtigkeit, Bekämpfung des Klimawandels, Schutz des Wasser, der Meere und der Landökosysteme, nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum sowie menschenwürdige Erwerbsarbeit, Verringerung von Ungleichheit und Sicherung des Friedens. Das vierte Ziel (SDG 4) bezieht sich auf Bildung. Es verlangt, für alle Menschen Zugang zu inklusiver, gerechter und hochwertiger Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens zu fördern.

Im Gegensatz zu früheren Entwicklungsagenden erheben die SDGs globalen Anspruch. Die Ziele sollen bis zum Jahr 2030 von allen Mitgliedsstaaten der UNO, nicht nur von den Entwicklungsländern, erfüllt werden. Damit wird betont, dass globale Herausforderungen wie der Klimawandel, die anwachsenden Ungleichheiten und gewaltsame Auseinandersetzungen nicht auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden können. Vielmehr bedarf es gemeinsamer Anstrengungen für globale Lösungsansätze.

Auf Bildungsebene setzen die SDGs eine lange Tradition internationaler Bildungs-Zielsetzungen fort, doch gelten sie nun auch für OECD-Länder. Die Vorläufer des SDG 4, die UNESCO-Initiative „Education for All" sowie die UN-Millenniumsziele, sollten bis zum Jahr 2015 Grundbildung für alle (Ziel 2) sowie die Geschlechtergleichstellung beim Zugang zu Bildung (Ziel 3) sicherstellen. Die Bilanz fiel uneinheitlich aus. Zwar gab es Fortschritte im Gender-Bereich und der Zugang zu Primarschulbildung wurde erheblich verbessert, allerdings nicht für die ärmsten Bevölkerungsgruppen. Zudem waren Veränderungen bei der Erwachsenenalphabetisierung, Vorschule und beruflichen Bildung kaum messbar.

Die noch zu bewältigenden Herausforderungen sind deutlich. Die UNESCO spricht für das Jahr 2014 von weltweit 263 Millionen Kindern und Jugendlichen, die keine Schule besuchten. Sichtbar ist auch die Bildungsungleichheit: In Entwicklungsländern kommen auf jeweils 100 Kinder aus reichen Familien, die die Primarschule abschließen, nur 36 aus den ärmsten Familien. In der unteren Sekundarstufe sind es gar nur 19 Kinder aus den ärmsten Familien. Die Bildungsungleichheit zeigt sich in den reichen Ländern beispielsweise an dem im Durchschnitt deutlich niedrigeren Lernerfolg von Kindern mit Migrationshintergrund. Eine spezifische Herausforderung ist die Bildungssituation unter Flüchtlingen. Weltweit haben 50% der Flüchtlingskinder im Primarschulalter keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.

Auf Grundlage dieser Ausgangssituation wurde der Fokus des SDG 4 gegenüber früheren internationalen Bildungsagenden deutlich erweitert. Das Bildungsziel und seine sieben Unterziele umfassen nicht nur die Primarschule, sondern fordern zwölf Schuljahre für alle. Berufsbildung und höhere Bildung finden größere Berücksichtigung, ebenso frühkindliche Entwicklung und Erwachsenenbildung. Explizit wird die Notwendigkeit von Bildungsgerechtigkeit,

inklusiver und qualitativ hochwertiger Bildung betont. Wesentlich ist darüber hinaus die Veränderung des Bezugsrahmens: In der neuen Agenda zählen nicht mehr Einschulungsraten, sondern Lernergebnisse. Konzeptionell wurde der Bildungsbegriff über die ökonomische Funktion hinaus erweitert. Das SDG 4 betont die zentrale Rolle von Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und kulturelle Diversität.

Die Umsetzung betreffend stellt sich einerseits die Frage nach der Fortschrittsmessung, andererseits jene nach der Finanzierung. Der von der UNESCO herausgegebene „Global Education Monitoring Report" ist mit der jährlichen Überprüfung der Implementierung des SDG 4 betraut. Die Indikatoren-Diskussion wird jedoch noch einige Zeit lang weitergehen, bis einigermaßen adäquate Messgrößen für die komplexen Zielsetzungen definiert sein werden.

Die Finanzierung erweist sich insbesondere für Entwicklungsländer und in Hinblick auf die Flüchtlings- und Migrationsströme als Herausforderung. Weltweit fehlen jährlich 39 Mrd. US Dollar zur Umsetzung des SDG 4. Der Rückgang von Bildungsfinanzierung im Rahmen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit sowie die geringe Bereitschaft der reichen Länder, international gerechtere Steuerregelungen einzuführen, untergraben jedoch ernsthaft die Möglichkeit, das Ziel bis 2030 zu erreichen.

In den OECD-Ländern, wie in Österreich, erweisen sich insbesondere die Themen Bildungsgerechtigkeit und die Verankerung von Kenntnissen und Kompetenzen zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung als Herausforderung. Hier sind vor allem politische Weichenstellungen gefragt. Wenn, wie in Österreich, soziale Stellung stark über Bildung weitergegeben wird, dann gilt es, Chancengerechtigkeit schon in den untersten Bildungsstufen zu festigen, die Bildungssysteme durchlässig zu machen und Möglichkeiten nachholender Bildung zu stärken. Die Diskussionen darüber, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship Education umzusetzen sind, sind noch im Gange. Grundgedanke ist, dass sie in den Bildungseinrichtungen als übergeordnete Prinzipien verankert werden und darüber hinaus über breite Maßnahmen non-formaler und informeller Bildung Verbreitung finden sollten.

Foto: Bildungsministerin Sonja Hammerschmid unterstützt das SDG 4 – im Bild bei der FAIRTRADE Ausstellung im Parlament mit Gertraud Krenn, FAIRTRADE Österreich, und Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüd-Dialog.

Foto: FAIRTRADE Österreich

DIE AUTORIN

Margarita Langthaler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). Sie arbeitet schwerpunktmäßig zu Strategien der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Sektor Bildung sowie zu Berufsbildung im Entwicklungskontext.

FAIRTRADE® Informationsausstellung im Parlament

Fairer Handel eröffnet Bildungschancen im Süden und unterstützt die Globale Bildung im Norden

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Die diesjährige FAIRTRADE Informationsausstellung im Parlament stand ganz im Zeichen von Bildung. Weltweit arbeiten Millionen von Kindern und Jugendlichen beispielsweise in Minen und Steinbrüchen, in der Textilindustrie, auf Feldern und Kaffee- oder Kakaoplantagen. Die große Mehrheit von ihnen besitzt keine grundlegende Schulbildung. Armut ist eine der Hauptursachen für Kinderarbeit, denn mit ihrer Hilfe tragen die Kinder und Jugendlichen zum täglichen Überleben der ganzen Familie bei. Ohne entsprechende Bildung haben sie wenige Chancen, Wissen und Fähigkeiten für ihr Leben zu erwerben. Der Schulbesuch und eine gute Ausbildung sind zentral für eine menschenwürdige Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Parlamentsdirektor Harald Dossi eröffnete die Ausstellung mit dem Hinweis darauf, dass der Gesetzgeber eines jeden Landes die Verpflichtung und den Auftrag hat, einen Beitrag für eine bessere Welt zu leisten. In diesem Sinne ist die Unterstützung von FAIRTRADE und deren Initiativen für Bildung im Süden und in Österreich besonders wertvoll. Der Geschäftsführer von FAIRTRADE

Österreich, Hartwig Kirner, beschrieb die Mühen, die tausende von Kindern und Jugendlichen täglich auf sich nehmen, um in den Ländern des globalen Südens in die Schule gehen zu können. Dies unterstreicht, wie wichtig Bildung für die Menschen ist.

Der Faire Handel betrachtet Kinderarbeit nicht als individuelles Problem der betroffenen Familien, sondern als Folge eines ungerechten Welthandelssystems. Faire Handelsstrukturen zu fördern ist entscheidend für den Schutz der Kinder und zur Reduzierung von Armut. Wichtig ist aber auch die Verbreitung von Informationen über die globalen Zusammenhänge von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten unseres Lebens, auch und vor allem in den Ländern des globalen Nordens. Dieses Wissen wird mittels des Konzepts des Globalen Lernens vermittelt und fördert verantwortungsvolles Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. FAIRTRADE engagiert sich in zahlreichen Schulen in Österreich sowie in der Lehrlingsausbildung großer Handelskonzerne, beispielsweise in der Ausbildung zum/r FAIRTRADE-Botschafter_in, die von Andrea Matanovic, einem Lehrling der SPAR Akademie, beschrieben wurde. So sollen Kindern und Jugendlichen globales Wissen und Zusammenhänge vermittelt werden, ganz im Sinne des SDG 4.

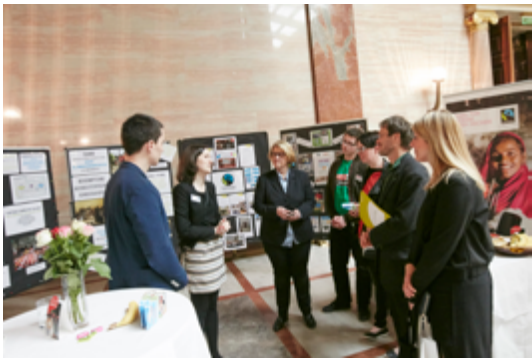
Abg.z.NR bei der Eröffnung der FAIRTRADE Ausstellung.

Die Informationsausstellung rund um das Thema Bildung – FAIRTRADE Initiativen im Süden und in Österreich.

Abg.z.NR Gerstl genießt den fairen Kaffee ADELANTE einer Frauen-Kooperative.

Abg.z.NR. Muttonen, Durchschlag und Pfurtscheller informieren sich über Bildungsinitiativen von FAIRTRADE.

Parlamentsdirektor Harald Dossi begrüßt die anwesenden Abgeordneten und Mitarbeiter_innen des Parlaments.



Abg.z.NR Lichtenecker, Windbüchler-Souschill, Pirklhuber und Kucharowits beim inhaltlichen Vortrag zu SDG 4.

Abg.z.NR. Schieder im Gespräch mit Lehrlingen der SPAR Akademie.

Die Ausbildung zum/r FAIRTRADE Botschafter_in in Wort und Bild.

Hartwig Kirner, GF von FAIRTRADE® Österreich, betont in seinen einleitenden Worten die Wichtigkeit von Bildung.

Fotos: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner (1,5,9) und Thomas Topf (2,3,4,6,7,8)

FAIRTRADE® und Kinderrechte

So stärkt der faire Handel Kinderrechte: ein Beitrag zur Erfüllung des SDG 4

Elisabeth Wallner, FAIRTRADE Österreich

Das SDG 4 (Sustainable Development Goal) fordert für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen. Weltweit arbeiten rund 168 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren, 98 Millionen davon in der Landwirtschaft. So zum Beispiel in Westafrika, wo über zwei Millionen Kinder in der Kakaoproduktion beschäftigt sind. Nahezu alle Kinder verrichten dort gefährliche Arbeiten. Sie ernten zum Beispiel mit einer Machete Kakaoschoten, schleppen Säcke mit Kakaobohnen oder Wasser für die Behandlung mit Insektiziden. Diese Kinder sind weit davon entfernt, eine inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung zu erfahren – sie besuchen in vielen Fällen nicht einmal eine Grundschule.

Foto 1: Kakaokooperative CANN, Elfenbeinküste. Eine Schule für rund 200 Schüler_innen – errichtet mit der FAIRTRADE-Prämie.

Foto: Luc Gnago

Die Förderung der Kinderrechte im fairen Handel

In der aktuellen Strategie von Fairtrade International ist die Förderung von Kinderrechten und die Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ein zentraler Punkt. So ist die Achtung der Kinderrechte eine Mindestanforderung, die jede FAIRTRADE-Produzentenorganisation erfüllen muss. Ausbeuterische Arbeit von Kindern ist in jedem Fall strengstens untersagt. Sie wird definiert als Arbeit, die erniedrigend oder gefährlich ist, die Schulbildung oder die seelische und körperliche Gesundheit der Kinder beeinträchtigt. Die FAIRTRADE-Standards stützen sich damit auf Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dass tatsächlich keine Kinder auf FAIRTRADE-Kooperativen arbeiten wird von FLOCERT als unabhängiger Zertifizierungsstelle regelmäßig kontrolliert.

FAIRTRADE kooperiert auch mit führenden internationalen NGOs, die auf Projekte zum Schutz von Kindern vor Ort spezialisiert sind. Außerdem erkennt FAIRTRADE an, dass Regierungen, NGOs, die Organe der UNO sowie die Mitglieder der Gemeinschaft zusammenarbeiten müssen, um nachhaltige Lösungen gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu erarbeiten.

FAIRTRADE ermöglicht Bildung – ein entscheidender Faktor

Die FAIRTRADE-Prämie ist ein fixer Betrag, der zusätzlich zum Verkaufspreis an die FAIRTRADE-Organisationen bezahlt werden muss. Die Bauernfamilien bzw. Beschäftigten auf Plantagen entscheiden gemeinsam in einem demokratischen Prozess, in welche sozialen, ökologischen oder ökonomischen Projekte die Prämie investiert wird und welche Ziele erreicht werden sollen. Diese Prämie wird von vielen Produzentengruppen für den Bau von Schulen, den Kauf von Lernmaterialien, die Vergabe von Schulstipendien und die Bezahlung von Lehrkräften verwendet. Aber im Sinne einer inklusiven, lebenslangen (Weiter)bildung wird die

Abb. 1: FAIRTRADE Standards beziehen sich auf soziale, ökologische und ökonomische Aspekte.

Quelle: FAIRTRADE Österreich

Foto 2:. Unterricht im Dorf Tiemokokro. Bildung ist zentral, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

Foto: Luc Gnago

Foto 3: Kakaokooperative Ecookim, Elfenbeinküste. Anne-Marie Yao, Fairtrade Afrika, führt eine Schulung zum Thema Frauenrechte durch.

Foto: Transfair E.V.

Prämie auch oft in Kurse und Fortbildungsmaßnahmen für die Erwachsenen eingesetzt. Da die Kleinbauernfamilien im fairen Handel einen Mindestpreis bekommen und stabile Handelsbeziehungen aufgebaut werden, wird die Lebenssituation der Familien insgesamt verbessert. Auch diese Tatsache ermöglicht oft einen Schulbesuch.

So wird FAIRTRADE gelebt … ein Bespiel:

In der Region IÁgneby-Tiassa, Elfenbeinküste, bauen 593 Mitglieder der Kooperative CANN (Coopérative Agricole Nzrama de N´Douci) Kakao an, die meisten bewirtschaften kleine Flächen von bis zu fünf Hektar. 2010 hat sich die Kooperative von FAIRTRADE zertifizieren lassen. Mithilfe der FAIRTRADE-Prämie konnte eine Schule eröffnet werden. Rund 200 Schüler_innen werden nun von zwei Lehrkräften und drei ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen unterrichtet. Etwa 70 Prozent der Mitglieder haben eine Finanzierung der Schulgebühren durch das CANN Programm genutzt. Darüber hinaus hat CANN die Risiken von Kinderarbeit auf Gemeinschaftsebene evaluiert und einen Fonds zur Überwachung und Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit eingerichtet. CANN schult ihre Mitglieder auch zu diesem Thema. „Schulen zu bauen ist eine Sache, wenn sich die Eltern aber der Gefahren für ihre Kinder nicht bewusst sind, bleibt das Risiko bestehen“, so Fortin Bley, Präsident des West Africa Cocoa Network und selbst Kleinbauer der Kooperative CANN.

Engagement für Kinder in Westafrika

Aufgrund der großen Herausforderungen im westafrikanischen Kakaosektor setzt FAIRTRADE hier auch das Projekt „It Takes A Village To Protect A Child“ mit drei Kakaokooperativen aus der Elfenbeinküste um. Jede Kooperative hat ein Kinderarbeitskomitee gegründet und junge Erwachsene führen Umfragen in Familien durch. Zusätzlich wird die Schul- und Weiterbildung der Kinder gefördert. Die Produzentenorganisationen setzen zum Beispiel die FAIRTRADE-Prämie sowie Projektgelder dafür ein, Schulen vor Ort besser auszustatten, Schulwege für die Kinder zu erleichtern oder Stipendien für Schüler_innen zu vergeben. Fairtrade Afrika unterstützt die Organisation bei diesen vielfältigen Aktivitäten in Zusammenarbeit mit einer ivorischen Kinderrechtsorganisation. Ziel ist es, dass in Zukunft möglichst viele FAIRTRADE-Kakaokooperativen in Westafrika ähnliche Projekte durchführen können.

Unter der Voraussetzung, dass die SDGs integrativen Handel ermöglichen, bieten sie eine große Chance für eine bessere Zukunft für Kleinbäuer_innen und Arbeiter_innen weltweit. Vor allem die Erreichung des SDG 4 spielt dabei eine wesentliche Rolle – denn inklusive Bildung ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Würde.

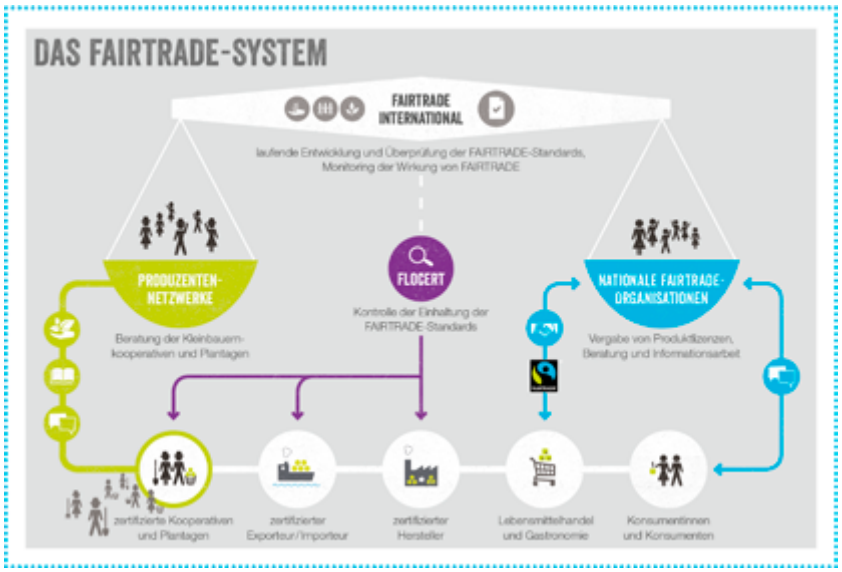


Abb. 2: Das FAIRTRADE System und seine Kontroll- und Vertriebswege.

Quelle: FAIRTRADE Österreich

Weiterlesen: www.fairtrade.at/was-ist-fairtrade/arbeitsschwerpunkte/kinderrechte.html

DIE AUTORIN

Elisabeth Wallner betreut den Außer-Haus-Markt für FAIRTRADE-Produkte in Österreich. Ziel ist die Verwendung von FAIRTRADE-Produkten in Cafés, Bäckereien, Hotels, Restaurants sowie in der öffentlichen Beschaffung.

Die Geburt eines Traumwebers

Vom kolonialen Untertan zum Bürger des unabhängigen Kenia: Ngũgĩ wa Thiong'o

Ngũgĩ wa Thiong'o ist einer der bedeutendsten afrikanischen Schriftsteller und hat sich mit seinen Werken einen Ruf als fundierter Kritiker und Theoretiker des (Post)Kolonialismus erworben. Ngũgĩ wa Thiong'o wurde als James Thiong'o Ngugi in Limuru, Kenia, im Jahre 1938 geboren. Nach seiner schulischen Grundbildung in Kenia studiert der Autor von 1959 bis 1964 an der Makerere Universität in Kampala, Uganda. In diesem Zeitraum werden sowohl Uganda (1962) wie auch Kenia (1963) unabhängige Staaten. Bereits während seiner Studienzeit schreibt Ngũgĩ wa Thiong'o erste Kurzgeschichten und Theaterstücke und studiert danach noch an der Universität von Leeds in England.

Im Jahr 1964 erscheint der Roman „Weep not Child", der ihn weltweit bekannt macht. Es entstehen weitere Romane, „The River Between" 1965 und „A Grain of Wheat" 1967. In diesem Jahr wird er mit dem kenianischen Staatspreis für Literatur ausgezeichnet und tritt eine Dozentur für Englische Literatur in Nairobi an, die er jedoch zwei Jahre später aus Protest gegen Eingriffe in den Lehrplan wieder abbricht.

Viele Werke Ngũgĩ wa Thiong'os sind politisch-aufklärerisch und Proteste bzw. Widerstand gegen die britische Kolonialpolitik, aber auch Kritik an den postkolonialen Regierungen in Kenia. Er publiziert seit 1978 in seiner Muttersprache Kikuyu, seine Werke werden jedoch ins Englische und zahlreiche andere Sprachen übersetzt. Literatur, die von einem afrikanischen Autor in einer kolonialen Sprache verfasst wird, behauptet der auch als Kulturwissenschaftler einflussreiche Ngũgĩ wa Thiong'o, sei keine afrikanische, sondern afro-europäische Literatur. 1977 erscheint der Roman „Petals of Blood", in dem es um einen Dreifach-Mord an Nutznießern der neokolonialen Ordnung geht. Im Theaterstück „Ich heirate dich, wann ich will" (Ngaahika Ndeenda) bezieht wa Thiong'o das Publikum direkt mit in seine politischen Botschaften ein.

Im Jahr 1977 wird Ngũgĩ wa Thiong'o wegen des subversiven Inhaltes seiner Werke ohne Prozess für ein Jahr in Einzelhaft eines kenianischen Hochsicherheitsgefängnisses gesperrt und seine Bibliothek von „linken" Schriften gesäubert. Anfang der 1980er findet er politisches Asyl in England. Seine Bücher und Theaterstücke werden von der kenianischen Regierung unter Präsident Daniel arap Moi verboten. Erst im Jahr 2004 reist er erstmals wieder nach Kenia.

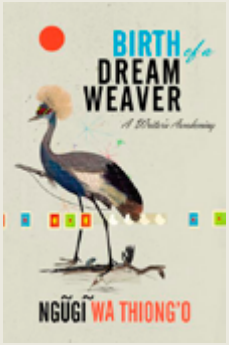
Ngũgĩ wa Thiong'o lehrt in seiner wissenschaftlichen Karriere an mehreren renommierten Universitäten, derzeit als Distinguished Professor in Vergleichender Literatur und Englisch an der University of California, Irvine, und absolviert zahlreiche Gastvorträge an Universitäten auf der ganzen Welt.

Im Mai kommt der Schriftsteller und Träger zahlreicher literarischer Auszeichnungen nach Wien, um sein neuestes Buch „Die Geburt eines Traumwebers" vorzustellen. Darin beschreibt er die für ihn prägende Zeit während seines Studiums in Uganda. Immer wieder fragt er sich, wie "ein Mann, der in einem Bildungssystem aufgewachsen ist, das mit all seinen Vorurteilen und der intellektuellen Neigung zugunsten des Westens ganz und gar kolonial ist", es nicht auch selbst geworden sein müsse. Schonungslos beschreibt der Autor die Gräueltaten der englischen Siedler und Kolonialbeamten in Kenia, aber auch die Verquickungen der Geheimdienste bei der Entwicklung der jungen unabhängigen Staaten, wie etwa bei der Machtergreifung Idi Amins in Uganda.

Ngũgĩ wa Thiong'o
Foto: Daniel A. Anderson

Die persönlichen Narben, die die „koloniale Situation" hinterlassen hat, werden nicht verhehlt. „Das Paradies barg die Hölle in sich", resümiert Ngũgĩ wa Thiong'o und er erlebt, dass auch die schwarzen Machthaber keine Gnade kennen mit dem kompromisslosen Kritiker des postkolonialen Regimes.

VERANSTALTUNG



Ngũgĩ wa Thiong'o

Donnerstag, 4. Mai 2017, 19:00 – 21:00 Uhr

Großer Lesesaal der Universitätsbibliothek Wien

Universitätsring 1, 1010 Wien

VIDC VIENNA INSTITUTE FOR INTERNATIONAL DIALOGUE AND COOPERATION
universität wien
GADS
universität wien Universitätsbibliothek

ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

(NICHT)CHANCEN DER JUGEND

Problem: Jugendarbeitslosigkeit

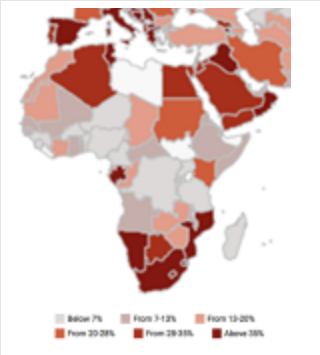
Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren beläuft sich weltweit auf ca. 1,2 Milliarden Menschen, 87% davon leben in Entwicklungsländern. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO wird sich die globale Rate der Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2017 auf 13,1 % erhöhen, das sind ca. 71 Millionen Jugendliche, die eine Arbeit suchen, die meisten davon in den sogenannten Emerging Countries (Schwellenländern).

Wenn man sich dazu die Schätzungen in Bezug auf die Youth Working Poverty Rate – also die Rate jener Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die trotz Arbeit arm sind – ansieht, dann ergibt sich ein alarmierendes Bild. Im Jahr 2017 werden den Schätzungen zufolge ca. 37 % der Jugendlichen trotz Arbeit in extremer oder moderater Armut verharren (im Vergleich zu ca. 26 % der arbeitenden erwachsenen Bevölkerung). Ein hoher Prozentsatz (75 %) der jungen Arbeitenden ist im informellen Sektor beschäftigt, der traditionell prekäre Beschäftigung und Einkommen generiert.

Youth unemployment and working poverty trends and projections to 2017

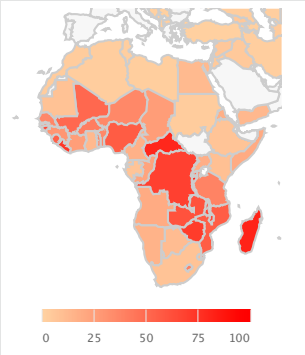
	Unemployment rate, 2007–17 (percentages)				Unemployed youth, 2015–17 (millions)		
	2007–14	2015	2016	2017	2015	2016	2017
World		**12.9**	**13.1**	**13.1**	**70.5**	**71.0**	**71.0**
Developed countries		15.0	14.5	14.3	10.2	9.8	9.6
Emerging countries		13.3	13.6	13.7	52.9	53.5	53.5
Developing countries		9.4	9.5	9.4	7.4	7.7	7.9
	Working poverty rate, 2007–17 (percentages)				**Working poverty, 2015–17 (millions)**		
	2007–14	**2015**	**2016**	**2017**	**2015**	**2016**	**2017**
Total emerging and developing		**38.4**	**37.7**	**36.9**	**159.9**	**156.0**	**152.2**
Emerging countries		31.2	30.2	29.3	107.3	102.7	98.4
Developing countries		73.3	72.2	71.0	52.6	53.3	53.8

Quelle: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_513739.pdf



The percentage of youth aged 15-24 looking for, but unable to find work

Quelle: www.ilo.org/global/about-the-ilo/multimedia/maps-and-charts/enhanced/WCMS_514559/lang--en/index.htm

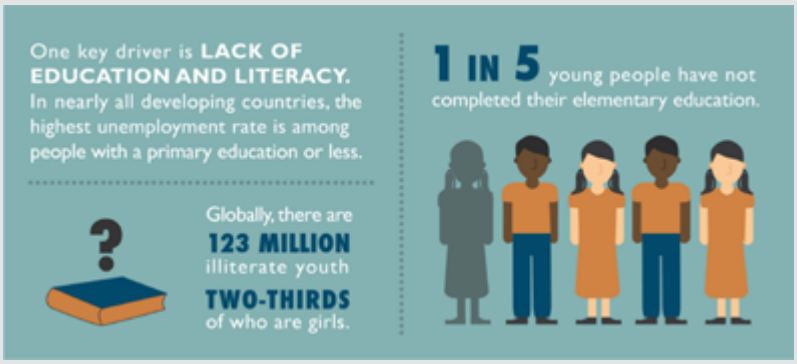


Percentage of extreme working poverty
(< USD 1.90 purchasing power parity per capita per day)

Quelle: www.ilo.org/global/about-the-ilo/multimedia/maps-and-charts/enhanced/WCMS_514126/lang--en/index.htm

Bildung als Schlüsselfaktor

Ein wesentlicher Faktor für Arbeitslosigkeit ist fehlende oder inadäquate Bildung und Ausbildung. In nahezu allen Entwicklungsländern ist die höchste Rate an Arbeitslosen in jenen Segmenten zu finden, die lediglich eine Primärschulausbildung oder weniger hat. Weltweit sind mehr als 120 Millionen Kinder und Jugendliche Analphabeten, zwei Drittel davon Mädchen. Es ist daher nicht ausreichend, Arbeitsplätze zu generieren – es bedarf auch der umfassenden Qualifikation derer, die diese Arbeitsplätze und somit das ökonomische und gesellschaftliche Leben in Zukunft erfüllen sollen. Auch soziale Qualifikationen, intergenerationaler Zusammenhalt, lebenslanges Lernen, oder die Befähigung produktiv sein zu können, sind von Bedeutung.



https://stayingfortea.org/2015/07/15/youth-at-the-crossroads-a-generation-with-untapped-potential/

Parlamentarischer NordSüdDialog
VIDC Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation
Gefördert durch die Österreichische Entwicklungs Zusammenarbeit
Land Oberösterreich

Herausgeber und Medieninhaber:
VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43-1-713 35 94, Fax: +43-1-713 35 94 73, office@vidc.org; www.vidc.org, office@nordsueddialog.org; www.nordsueddialog.org

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net, Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) und des Landes Oberösterreich erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansichten der Redakteur_innen und Autor_innen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der OEZA, des Landes Oberösterreich sowie des VIDC dar.